

Die Redaktion erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags aus-
genommen. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Berlin
12.- M. in voraus zahlbar, von der Redaktion selbst abgeholt 8.50 M. Für Ver-
träge nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Druck
steht für Deutschland und Österreich 12.50 M., für das übrige Ausland 21.50 M.
Inhalt: Schul-Anschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 20.- M.
Reaktion, Expedition und Verlag: Berlin S. 2, Weite Straße 26.

Die abendliche Kurierausgabe über den Raum kostet 5.- M. einschließlich
Zustellung. Klein-Anzeigen: Das fertige Wort 2.- M., jedes weitere
Wort 1.50 M., einschließlich Zustellung. Laufende Anzeigen laut Tarif.
Familien-Anzeigen und Stellen-Anzeigen 1.20 M. netto pro Zeile. Stellen-Anzeigen
in Kurier-Anzeigen: das fertige Wort 1.50 M., jedes weitere Wort 1.- M.
Gesamtpreis: Zentrum 2030, 2045, 4510, 4605, 4625, 4640, 4625

STREIF

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Hohenzollern-Schieber und ihre Helfershelfer

Ein unerhörter Skandal

Die Interpellationsdebatte über den Fürstenschieber-Kon-
zern im Reichstage hat ebenso wie die vorhergehenden Ver-
öffentlichungen in der Presse das dunkle Treiben der Hohenzol-
lern und anderer fürstlicher Herrschaften auf dem Gebiet
der Kapitalverschlebung und Volksbeganerung aufgedeckt.
Eine Tatsache ist aber hierbei unberücksichtigt worden, und
zwar die, daß gerade die Rechtssozialisten, die jetzt energisch
gegen die Hohenzollern-Schieber Front machen, diesen Ver-
mögensschiebungen den allergrößten Vorschub geleistet haben,
denn unter ihrer Regierung ist seinerzeit an die Post über-
weisungsstellen die Weisung ergangen, die Korre-
pondenzen von Mitglieðern ehemals regie-
render deutscher Häuser von der Kontrolle
auszunehmen.

Diese Tatsache, auf die bei der Interpellationsbesprechung
leider von keiner Seite hingewiesen worden ist, stellt einen
unerhörten Skandal dar, denn über der offensicht-
lichen Begünstigung der fürstlichen Kapitalflucht, die hierin
schon liegt, bedeutet dieses den ehemaligen Regierenden
gewährte Privileg auch einen offenen Freibrief zur An-
nahme und Aufrechterhaltung konterrevolutionä-
rer Verbindungen. Dieser ganz unerhörte Zustand ist
auch durch die Interpellation im Reichstage anscheinend nicht
beendet worden, denn bisher ist die erwähnte Weisung an die
Postüberwachungsämter nicht zurückgezogen worden.

Wie die Hohenzollern hungern

Vor einigen Tagen hatte der Kronprinz entsetzt mit-
teilen lassen, daß er nur einmal von dem Schieberbankier Gräber
1000 holländische Gulden erhalten habe und seitdem aus den
Taschen seines Vater lebe. Nunmehr erfährt man auch, welche
Einnahmen dieser Vater, nämlich Wilhelm II., seit seiner
Defektion aus Deutschland bezogen hat. Im englischen Unterhause
war behauptet worden, daß Wilhelm bisher 165 1/2 Millionen
Franken bezogen habe. Offiziös wird dazu gesagt, daß das nicht
stimme. Im Januar 1919 habe der nur mit geringen Mitteln ge-
schätzte ehemalige Kaiser 400 000 bis 500 000 Mark erhalten. Im
August 1919 seien ihm als nachgezählte Schatzallengebeur 1.8 Mil-
lionen überwiesen worden. Zum Ankauf des Hauses Doorn er-
hielt er im Dezember 1919 10 Millionen Mark und als Erbs aus

dem Verkauf der Häuser Wilhelmstraße 72 und 73, die an das
Reich übergingen, 40 Millionen, abzüglich 2 Millionen Steuern.
Zusammen beläuft sich die Höhe der überwie-
sen Summen also auf etwa 32,2 Millionen Mark.

Während also die Kinder des deutschen Volkes millionenfach
an Unterernährung und Krankheit zugrunde gehen, weil für sie
keine Mittel vorhanden sind, während die Arbeitslosigkeit immer
schlimmere Folgen zeitigt und viele hunderttausende von Familien
ins Elend stößt, führt der ehemalige Kaiser in Holland ein Leben
voller Behaglichkeit und Luxus und wird außerdem durch die Zu-
wendung ungeheurer Summen in die Lage versetzt, seinen ar-
beitsfähigen, trotzdem aber nichtstehenden Familienangehörigen die
Fortführung ihres Dohnendaseins zu garantieren.

Allerdings können sich die heutigen Hohenzollern darauf berufen,
daß sie nur das fortziehen, was ihre Vorfahren Jahr-
hunderte hindurch getrieben haben. In einer Zu-
schrift an die „Vollzeitung“ wird insbesondere an die Aus-
beutung des Volkes während der Regierungszeit des ersten
Preußenkönigs erinnert. Es heißt in dieser Zuschrift außerdem:

Aber blättern wir weiter im Album der Hohenzollern-
geschichte. Da ist der spartanische Soldatenkönig Friedrich
Wilhelm I., das Ideal aller Altpreuken, die für Sparam-
keit und Nüchternheit schwärmen. Nur wenige wissen, daß die-
ser Preußenkönig einen Getreidewucher betrieb, der ihn
als unerreichliches Vorbild aller heutigen Schieber und Wucherer
erscheinen lassen könnte. Sein Hofhistoriograph Fohmann be-
richtet, daß der König Getreidemagazine anlegen ließ, die in
wohlfeilen Jahren gefüllt, in Zeiten der Teuerung um hohen
Preis ausverkauft wurden. Stellten sich freiwillig keine Bot-
schäfte ein, so wurden die Bäcker gezwungen, das
Korn zu bestimmtem Preis aus den königlichen
Magazinen zu kaufen, damit man diese mit frischem
wohlfeilen Getreide füllen konnte.

In der Prägung schieber Münze leistete bereits Fried-
rich Wilhelm I. Erbschliches. Mit schöner Offenherzigkeit be-
richtet Fohmann, daß der Profit nicht so gar groß, als er
wohl hätte sein können, daferne des Königs Majestät geneigt
gewesen, einen mehreren zu nehmen. Unter Friedrich Wil-
helm I. hatte eine Bevölkerung von kaum 2 224 000 Menschen
ein Heer von 80- bis 90 000 Mann zu ernähren.
Die Gesamtsumme betrug 5 877 400 Taler. Davon verbrauch-
ten die Soldaten allein schon 5 Millionen, d. h. sechs Siebtel
aller Einkünfte.

Man sieht also, daß die Hohenzollernndynastie in der Verschlebung
und Verschleuderung von Gütern und Geldern einige Erfahrungen
besitzt!

Die Lage in Oberschlesien

Aus Oberschlesien wird uns geschrieben:

Die durch die Presse laufenden Nachrichten über die jetzt
eingetretene „Beruhigung“ der Lage in Oberschlesien
schaffen die Tatsache nicht aus der Welt, daß die ober-
schlesische Bevölkerung ständig in dem Gefühl lebt, als müsse
in allernächster Zeit wieder mal „etwas“ passieren. Die All-
deutschen malen täglich das polnische Putschgespenst an die
Wand und in ihrer Nervosität berichten ihre Presseorgane
jeden Einbruchdiebstahl als Untat polnischer Insurgenten,
während die Nationalpolen den Hafatisten keineswegs nach-
sehen, ja sie in den meisten Fällen sogar übertreffen, wenn
es gilt, irgend ein belangloses Geschehnis für Pan Korfan-
tys Ziele nutzbar zu machen. Als Schulbeispiel mag der von
der polnischen Presse weidlichst ausgenützte, in den letzten
Tagen erfolgte „Waffenfund“ in Pleß gelten, wo bei einem
Spediteur einige Kisten für die Grenzpolizei bestimmter und
mit Wissen der Besatzungsbehörde eingelagerter Revolver
von den tüchtigen Gardes Korfantrys entdeckt und „beschlag-
nahmt“ wurden. Darob in allen Organen der National-
polen gewaltige Schlagzeilen, die den erschauernden Lesern
über die blutigen Absichten der bösen Deutschen berichten.
Daß der „Waffenfund“ wenige Stunden darauf bereits
wieder illusorisch ward, wird dem gewöhnlichen polnischen
Publikum nicht verraten, das bleibt Geheimnis des pol-
nischen Piesbiszitkommissariats.

Die schier unersöhnlichen Gegner, Alldeutsche und
Nationalpolen, liegen sich aber in dem Augenblick gerührt
in den Armen, wenn sie von „paralysierenden Um-
trieben“ glauben berichten zu können. Das kommu-
nistische Putschgespenst ist nämlich das dritte im Bunde mit
dem deutschen und polnischen. Da ziehen sie alle gewaltig
vom Leder: die polnische „Grenzzeitung“ und die deutsch-
nationale „Ostdeutsche“, — Einheitsfront gegen Unab-
hängige und Kommunisten!

Unsere Genossen in Oberschlesien haben naturgemäß im-
mitten dieser vom übelsten Nationalismus durch und durch
vergifteten Atmosphäre einen außerordentlich schweren
Stand. Ihr Arbeitsfeld ist ein ungleich schwierigeres als
das im übrigen Deutschland. Wenn trotzdem die Partei
auch in Oberschlesien einen sehr nennenswerten Einfluß ge-
winnen konnte, so liegt dies an der unerschütterlichen
Politik des Klassenkampfes, mit der unsere
oberschlesischen Genossen das Parteilchiff bisher zwischen den
nationalen Klippen hindurchsteuerten konnten. Ihre
Stellungnahme zu der Frage der Volksabstimmung
ist getragen von den Grundsätzen des völkerverzöhnenden
Sozialismus und des Klassenkampfes.

Die polnischen Sozialisten Oberschlesiens
(P. P. S.), auch ihr radikaler Flügel („Lewica“), stehen
jedoch im Gegensatz zu der U. S. P. D. durchaus nicht auf dem
Boden des Klassenkampfes. Die P. P. S. übertrifft zweifel-
los auf dem Gebiet der nationalen Propaganda die
deutschen Rechtssozialisten, während die erst vor wenigen
Wochen von der P. P. S. abgesplitterte „Lewica“ nach an-
wändigem Zaudern sich nunmehr in ihrem Organ Loppüber
in die Abstimmungspropaganda stürzt und den Boden für
Polen vorbereitet, dem sie das Konzeptionsmäntelchen
„Sowjet-Polen“ umhängt, um damit die Arbeiterschaft
leichter zu föhren.

Auch an Agitation für Stimmenthaltung bei der
Volksabstimmung fehlt es nicht. Diese „kluge“ Politik wird
von den ober-schlesischen Kommunisten ver-
treten. Die Parteileitung der K. P. D. hat indessen bei
ihren Anhängern kein Glück, denn diese haben „über die
Köpfe der Führer hinweg“ längst eingesehen, daß Stim-
menthaltung in Wirklichkeit nämlich keine ist, weil sie das
Abstimmungsergebnis beeinflusst. Wie die K. P. D. sich
inzwischen zu der Teilnahme an den Parlamentswahlen be-
kehrt hat, wird sie auch aller Voraussicht nach recht bald
ihre in einer Flugchrift „Wem soll Oberschlesien gehören?“
verbreitete Parole: „Die kommunistische Partei Ober-
schlesiens im Einverständnis mit der Bruderorganisation
der kommunistischen Partei Deutschlands und der kommu-
nistischen Partei Polens erklärt, an der Abstimmung keinen
Anteil zu nehmen“, umstoßen und sich die Stellung der
U. S. P. D. zu eigen machen müssen.

Die Interalliierte Kommission in Oppeln steht der insti-
tutionellen nationalistischen Verhöhnung der ober-schlesischen Be-
völkerung fast tatenlos zu. General Le Rond hat zu seiner
eigenen Rechtfertigung einen aus Oberschlesiern bestehenden
„paritätischen“ Beirat geschaffen, der sich in seinem ersten
Zusammentreten fast nichts anderes als Liebenswürdigkeiten
über verfloßene Fehler gegenseitig sagte. Die „Parität“ er-
streckt sich nur auf Nationalpolen, K. P. S., Deutschnationale,
Zentrum, Demokraten und S. P. D. In der „Parität“ ist
also die U. S. P. D. nicht einbezogen, obgleich der Gedanke
des Beirats von unseren Genossen stammt und lange vor
dem polnischen Augustaufstand, nämlich bereits im April
d. J., geltend gemacht wurde. Unsere Genossen beabsichtig-
ten mit einer interkulturellen Vertretung bei der Inter-
alliierten Kommission eine Basis zu schaffen, auf der ein
Ausgleich der wilden nationalistischen Gegensätze erwirkt
und die Abstimmungspropaganda in sachliche Bahnen gelenkt

Der Rücktritt Wermuths

Der Verrat der Neukommunisten

Als in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung das Rück-
trittsgesuch des Oberbürgermeisters Wermuth bekanntgegeben
wurde, schwiegen die bürgerlichen Fraktionen, mit Ausnahme der
Demokraten, die durch Dode einige anerkennende Worte über
Wermuths persönliche Fähigkeiten äußern ließen. Das
Schweigen der Reaktion ist aber verständlich. Schmunzelnd, voll
Genugtuung über ihren Sieg, der ihnen allein durch das Ver-
halten der Kommunisten mühelos in den Schoß gefallen ist, ge-
lossen sie die Früchte der Uneinigkeit der Arbeiterklasse und der
angalublichen Verblendung eines Teils ihrer Vertreter.

Berechtigtermaßen versuchen die Neukommunisten ihrem verräterischen
Verhalten eine verständliche Erklärung zu geben. Umsonst. Je
mehr Adolf Hoffmann redete, um so tiefer geriet er in das Gestrüpp
der Widersprüche, so daß vollkommen deutlich wurde, daß neben
politischer Einseitigkeit und Untreue gegenüber den eigenen
Klassenangehörigen auch ein gut Teil Dummheit in dem Verhalten
der Neukommunisten steckt.

Auf das Väterliche und das Unwahre der Ausrede, die vor
einer Woche als notwendig erkannte Anerkennung der Verdienste
Wermuths sei nicht nötig, die den Sieg der Reaktion gegen den
verschätzten Wermuth unaussprechlich machte, haben wir bereits
gehört hingewiesen. Sie ist auch bereits entlarvt durch die
„Internationale“, die die Entscheidung der Fraktion der
Neukommunisten als eine grundsätzliche darstellte, da Wer-
muth ein Bürgerlicher sei, den die Neukommunisten nicht unter-
stützen können. Vor vier Wochen waren sie genau wie die kommu-
nistische Presse für die Wahl Wermuths. Aber auch die „Rote
Zahne“, die heute erst Stellung nimmt, deckt die wahren Gründe
auf. Sie schreibt im auffallendsten Gegensatz zu den Erklärungen
der neukommunistischen Fraktion der Stadtverordnetenverlam-
lung:

Für die Neukommunisten liegt durchaus kein Anlaß vor,
Wermuth zu halten. Er diene der Bourgeoisie. . . Wermuth
müßte fallen, weil die Bourgeoisie seiner nicht mehr bedürfte.
Kann es eine größere Unwahrscheinlichkeit im politischen Kampf
noch geben, als sie hier von den Neukommunisten an den Tag
gelegt wird? Wir glauben kaum, der Widerspruch in der
Erklärung der Fraktion der Neukommunisten und der Haltung der

neukommunistischen und kommunistischen Presse zerstört diese An-
nahme.

Wir haben nie einen Zweifel daran gelassen, genau so wenig
wie Wermuth selbst, daß Wermuth kein Sozialist ist. Aber ihn,
der nicht nur während des Krieges, sondern auch nach dem Kriege
ehrlich sich bemühte, mit aller Kraft einzutreten für die Inter-
essen der notleidenden Bevölkerung, und der sich deswegen wie
kaum ein anderer Mann den wütendsten Haß des gesamten Bürger-
tums zugezogen hat, als einen Diener der Bourgeoisie zu bezeich-
nen, zu behaupten, daß er sie, weil die Bourgeoisie seiner nicht
mehr bedürfte, ist der Ausfluß jener kommunistischen Demagogie,
die in Halle durch Einowjew verherrlicht wurde.

Das Moskauer Diktat, der Wunsch, alles hemmungslos
zu zerstören, was der Arbeiterklasse den Aufstieg erleichtern könnte,
das ist die wahre Ursache für das Verhalten der Kommu-
nisten, durch das die Arbeiterschaft Berlins so außerordentlich
schwer geschädigt worden ist.

Die bayerischen Königsmacher und der tollende Frank. Der
Vorsitzende der bayerischen Königspartei Mayer-Kon teilt in einer
Erklärung mit, daß Graf Bothmer gegen den Schriftsteller Heller
beim Amtsgericht München Klage erhoben hat. Die Klage
bezieht sich auf die bekannte Äußerung Hellers über das Rollen
des französischen Franken in Bayern.

Die alliierte Ministerkonferenz. Ministerpräsident Lyautes
ist gestern mit dem Generalsekretär im Ministerium des Aeußeren
Berthelot in London eingetroffen, wo er mit Lord George
die Orientfrage besprechen will. Er wurde bei seiner An-
kunft von Lord George, dem französischen Botschafter Cambon
und einem Vertreter Lord Cursons empfangen. — Wie aus Rom
gemeldet wird, ist Gollitzi nicht in der Lage, der Einladung Lord
Georges zur Teilnahme an den Besprechungen mit Lyautes in
London zu entsprechen. Statt seiner begibt sich Giorza nach
London.

Benito's doch noch gemüht. Nach einem Bericht aus Rom hat
Benito's während seines Aufenthaltes in Messina die Mittel-
ung erhalten, daß er in Astila zum Abgeordneten gewählt
worden ist. Nach neueren Meldungen sollen vier Fünftel des
griechischen Heeres hinter der neuen Regierung stehen.

Wangel's Unterfchlupf. Nach Meldungen der „Frankfurter Zei-
tung“ aus Belgrad werden General Wangel und ein Teil der
Militär- und Zivilbehörden aus der Armee nach Sibirien
kommandiert. Der sibirische Ministerrat habe bereits zu ihrer be-
vorstehenden Ankunft Stellung genommen.

Außerordentlicher Kongress des Internationalen Gewerkschaftsbundes

(Eigener Bericht der „Freiheit“.)

London, 22. November 1920.

In Holborns Restaurant zu London trat heute der außerordentliche Kongress des Internationalen Gewerkschaftsbundes unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten Jouhaux zusammen. Schon das äußere Bild der Tagung weist die erhöhte Bedeutung der Internationalen der Gewerkschaften auf: Wohl noch niemals war eine Zusammenkunft des Bundes so zahlreich besetzt, noch standen sich bedeutende Fragen auf der Tagesordnung wie auf dieser außerordentlichen Tagung. Im ganzen sind bei Eröffnung 16 Länder mit 85 Delegierten vertreten, und zwar: England mit 10, Deutschland mit 12, Frankreich mit 12, Belgien mit 10, Dänemark mit 4, Norwegen mit 3, Schweden mit 4, Holland mit 6, Italien mit 5, Österreich mit 3, Tschecho-Slowakei mit 4, Luxemburg mit 2, Schweiz mit 1, Spanien mit 2, Kanada mit 1 und Polen mit 3 Delegierten. Zum ersten Male auch sind die Sekretäre der gewerkschaftlichen Berufs-Internationalen vertreten, und zwar haben 18 internationale Gewerkschaftssekretariate ihre Vertretung entsandt. Von den deutschen Gewerkschaften der Vertretung entsandt. Von den deutschen Gewerkschaften der Vertretung entsandt. Von den deutschen Gewerkschaften der Vertretung entsandt.

Es soll in den wenigen Tagen der laufenden Woche wichtige Arbeit geleistet werden. Und wenn auch die Meinungen über Fragen der Taktik in dem einen oder anderen Punkt auseinander gehen mögen, so trat man doch allerseits mit dem Bestreben zusammen, dem auch am ersten Tage der Begrüßung wärmsten Ausdruck verliehen wurde, in enger Solidarität und aufrichtigem Willen aus der Vergangenheit zu lernen, die Arbeiter der ganzen Welt zum Kampfe gegen Reaktion, Imperialismus und Unternehmertum zusammenzuschließen.

Da kurz vor Stattfinden des Kongresses der bisherige Präsident Appletton sein Mandat niedergelegt hatte, richtete Jouhaux (Frankreich) als Vizepräsident eine herrliche Begrüßungsansprache an die erschienenen Delegierten. An der Spitze der immer stärker werdenden Reaktion müsse es die Aufgabe des Kongresses sein, ihre Kräfte zusammenzulassen, wie schwer auch die entgegenstehenden Hindernisse sein mögen. Es gelte, die auch die entgegenstehenden Hindernisse sein mögen. Es gelte, die auch die entgegenstehenden Hindernisse sein mögen. Es gelte, die auch die entgegenstehenden Hindernisse sein mögen.

Und darum erschallen aus allen Ländern Rufe des Protestes und der Empörung ob des moralischen und materiellen Elends. Diesen Ruf hat die Amsterdamer Internationale durch Einberufung dieses Kongresses festgehalten. Wahre Solidarität und Zusammenarbeit der Nationen kann erst dann eintreten, wenn die kapitalistischen Privilegien niedrigerungen sein werden. Diese neue Ordnung muß basieren sein auf der Beseitigung der militärischen Rüstungen, der internationalen Verteilung der Rohstoffe und der Sozialisierung der Transport- und Produktionsmittel. Die Augen aller Arbeiter sind auf diesen Kongress gerichtet: Es gilt zu zeigen, daß wir nicht nur gewillt sind, klare Resolutionen zu formulieren, sondern auch den starken Willen und die Energie für ihre Durchführung aufzubringen.

Gemäß der Gepflogenheit wird die englische Delegation gebeten, den Vorschlägen für die Tagung vorzuschlagen. Einmütig schließen die Engländer Thomas, den Sekretär der Eisenbahner, zum Vorsitzenden des Kongresses vor.

Auch Thomas betont in einer schlichten Begrüßungsansprache, daß für die Heilung der geschlagenen Wunden es am wichtigsten sei, was die letzten Jahre die verschiedenen Völker voneinander trennt habe. Habe doch der Krieg für Sieger wie Besiegte nur Leiden gebracht. So sei es auch eine Aufgabe, anzunehmen, daß die Länder mit guter Valuta sich in günstigerer Wirtschaftslage befinden, als die besiegten mit einer zerstörten Währung: Wäre doch diese finanzielle Zerrüttung auch auf die Siegerländer dadurch ein, daß durch die mangelnde Aufnahmefähigkeit des Auslandes der Export und damit die Produktion lode. Darum dürfen es die Arbeiter nicht allein den Finanzleuten überlassen, sich mit dem wichtigen Währungsproblem zu befassen, sondern müßten auch ihrerseits sich eingehend damit beschäftigen. Der Kongress müßte beweisen, daß die großen Ziele der Bewegung noch dieselben seien, wie vor dem Kriege.

Nachdem der Sekretär des Internationalen Bundes, Jimmen, die Anwesenheitsliste mitgeteilt, fragte Solau (Belgien) an, worauf es zurückzuführen sei, daß die Amerikaner nicht vertreten seien. Stimmen erwidert hierauf, daß man seit Amsterdam wohl den Amerikanern alle Sendungen, und zwar 50 an der Zahl, darunter sehr eilige und wichtige habe zugehen lassen, daß aber in der ganzen Zeit als Antwort nur vier nichtisagende Briefe eingelaufen seien. Eine Antwort auf die Einladung zum Kongress haben die Amerikaner überhaupt nicht erickt, nur aus der Weltpresse habe er erfahren, was auch dann in der offiziellen Zeitung der American Federation of Labour bestätigt wurde, daß der Vorstand der Amerikanischen Gewerkschaften beschlossen habe, dem Kongress nicht beizuwohnen, auf dem sie nicht in der Lage seien, über die Organisationsverhältnisse und die Grundzüge des Bundes zu diskutieren, während dieser Kongress sich nur mit bestimmten akuten Fragen beschäftigen soll, die in der Tagesordnung wiedergegeben.

Auf die Frage eines kanadischen Delegierten, ob nicht etwa die Beitragsfrage Ursache des Fernbleibens der amerikanischen Delegation sei, erwiderte Jimmen, daß dies deshalb nicht sein könne, weil die Beitragsfrage in Amsterdam gerade in Gemäßheit des Vorschlags von Samuel Compers beschlossen wurde und es eher annehmbar, daß die für Compers zu revolutionäre Einkteilung des Bundes die Erklärung für das Fernbleiben der Amerikaner gäbe.

London, 25. November.

Auf dem Internationalen Gewerkschaftskongress wurde eine Entschließung eingebracht, in der eine Unterstützung des Internationalen Arbeitsamts abgelehnt wird, wenn das Amt kommen von Washington nicht ratifiziert werden sollte. Ein von Norwegen unterbreiteter Abänderungsantrag, daß der Kongress dem Arbeitsamt jede Mitwirkung verweigern solle, wurde abgelehnt und die Entschließung angenommen.

„Telegraph“ meldet aus London, daß Thomas in der gestrigen Sitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes ein Schreiben der russischen Gewerkschaftsmitglieder im Uralsgebiet verlas, in dem es heißt, es sei der russischen Arbeiterklasse infolge der unter der Sowjetregierung bestehenden wirtschaftlichen Leibeigenschaft unmöglich, ihre Gedanken frei auszusprechen.

Weiter hat der Gewerkschaftskongress eine Entschließung angenommen, in der dem Bureau aufgetragen wird, einen Plan für ein internationales Zentralbureau zur gleichmäßigen Verteilung von Rohstoffen zu entwerfen. Dieser Plan wird dem Internationalen Arbeitsbureau in Genf zur Durchführung unterbreitet werden.

Der Etat der Reichswehr

Von Offizieren, Briefstauben und Musikern

In der Beratung des Haushaltsausschusses über den Heeresetat wurde am Mittwoch zunächst die Verhandlung über den Offiziersetat zu Ende geführt. Für die Gliederung des Offizierskorps wurden folgende Beschlüsse gefaßt: 3 Generale, 14 Generalleutnants, 28 Generalmajore, 110 Oberste, 600 Stabsoffiziere, 1149 Hauptleute und 2096 Oberleutnants und Leutnants sollen bewilligt werden.

Henke (U. S. B.) fragt an, nach welchen Richtlinien die Mannschaften zu Offizieren befördert werden und wie groß die Zahl der Offiziere ist, die aus dem Mannschaftenstand hervorgegangen sind.

General von Braun erklärt, daß dem 200 000-Mann-Heer 330 Offiziere angehören, die aus dem Mannschaftenstand hervorgegangen waren, von diesen seien jedoch nur 170 auf das 100 000-Mann-Heer mit übernommen worden. Offiziere könne jeder Angehörige der Reichswehr werden. Voraussetzung sei eine 1½-jährige Dienstzeit in der Reichswehr und das Bestehen der Reifeprüfung.

Hierauf wird in der Beratung des Kapitels 2 (Selbstbindung der Kommandobehörden, Truppen usw.) eingetreten. Generalleutnant von Feldmann teilt mit, daß an der zehnjährigen Wohnungszahlung für Mannschaften festgehalten werden soll. Dadurch sollen leichtsinnige Elemente zur Sparsamkeit angehalten werden. Die Frage Kuhn (U. S. B.), ob diese kurze Zahlungsfrist auch auf junge Offiziere zutrifft, wird mit nein beantwortet.

Im Kapitel 2 werden u. a. 100 Musikmeister und 48 Briefstauensmeister gefordert. Die Positionen rufen eine längere Aussprache hervor. Beschlussfassung wird in der nächsten Sitzung erfolgen.

Am Donnerstag wurde die Aussprache fortgesetzt. Heile (Dem.): Was sollen die 100 000 Mann im Heer anfangen? Die 12 Jahre braucht der Soldat für die militärische Ausbildung nicht, da er es wohl angebracht, wenn sich 2000 bis 3000 Mann als Musiker ausbilden. Meine Partei wird die 100 Musikmeister bewilligen, Ritter von Schoch: Die Militärmusikanten wirken geradezu elektrisierend und lösen auch einen moralischen Einfluß aus. Das Volk ruft nach den Militärmusikanten. Stücklin (S. P. D.) sind 100 Musikmeister zuviel, während Schöpplin (S. P. D.) erklärt, daß er sich zu jeder Zeit und auch heute noch für die Militärmusikanten einsetzen werde.

Kuhn (U. S. B.): Der Oberst von Arch hat dem Ausschuss andauernd klargemacht, verliert, daß in der Reichswehr auch der letzte Mann für rein militärische Aufgaben gebraucht werde. Jetzt auf einmal ist die Heeresleitung mit den Parteien anderer Meinung. Es handelt sich übrigens nicht nur um die 100 Musikmeister, sondern auch um die 2500—3000 Musiker, die als Schreiber, Telefonist usw. im Etat geführt werden, aber als Musiker Verwendung finden sollen. Wir unterschätzen den Wert der Musik nicht, wir haben aber unser besonderes Urteil über den Wert der Bataillonkapellen. Das Volk schreit nicht nach Militärmusik, sondern nach Brot. Ein Antrag, der die Zahl der Briefstauensmeister von 48 auf 24 reduzieren will, wird abgelehnt. Es bleibt bei den 48 Briefstauensmeistern und den 109 Musikmeistern.

Stücklin (S. P. D.) wünscht, daß auf Kosten der höheren Sanitätsoffiziere mehr jüngere eingestellt werden. Im Laufe der Aussprache gab er jedoch diese Anregung wieder auf. Generalsekretär Dr. von Scharf: Der Sanitätsoffiziersetat ist nach dem alten bewährten System aufgestellt worden. Daß die Parazette aufgegeben wurden, war ein schwerer Fehler, wir werden sie jedoch jetzt wieder zurückgeben. Schon der ehemalige Arbeitsminister Schlieke hatte angeregt, daß eine Anzahl Parazette an das Militär zurückgegeben werden sollten. Doch (S. P. D.) wendet sich sehr scharf gegen diesen Plan. Nur um die heilige Disziplin hochzuhalten, wolle man die Parazette wieder ins Leben rufen. Man solle nicht Sparmaßregeln ins Feld führen, das Gegenteil sei der Fall. Die Reichswehrsoldaten würden heute besser abgefunden als die Kriegesbeholdungen. Das habe schon zu den größten Mißbilligungen geführt.

Während der Sitzung gab der Reichswehrminister Geiser noch bekannt, daß der Fall Hüllen erneut untersucht würde und das gründlich und objektiv.

Wir kennen diese Gründlichkeit aus den bisherigen Fällen zur Genüge.

Gegner der deutsch-russischen Handelsbeziehungen

Unsere Mitteilungen über den durch die Kommunisten vorbereiteten Versuch einer gemeinsamen Aktion aller sozialistischen Fraktionen des Reichstags zugunsten der Aufkündigung von wirtschaftlichen Beziehungen mit Rußland versteht die „Berliner Börsen-Ztg.“ mit einigen sehr lächerlichen Bemerkungen. Sie spricht von einem „Wettlauf nach Moskau“ und nennt die Interpellation, die jetzt von den Unabhängigen eingebracht ist, die erste Fadelopolonaise vor dem Thron Lenins.

Das Börsenblatt irrt. Die erste „Fadelopolonaise“ ist bereits von der englischen Regierung aufgeführt worden, die sicher nicht in dem Verdacht steht, dem Thron Lenins Ehrenbezeugungen erweisen zu wollen. Die Engländer sind gute Rechner, und wir haben nur den Wunsch, daß sich die deutsche Regierung im deutschen Interesse von ihnen belehren läßt. Aber die Notiz der „Börsen-Ztg.“ ist nicht nur dumm, sie verrät uns auch, wo der Widerstand gegen die Aufkündigung geordneter Beziehungen mit Rußland zu suchen ist. Eben in den Kreisen, für die dieses Blatt schreibt. Bei der Großfinanz und den Banken, die sich auf den Westen eingestellt haben und der Ueberzeugung sind, dort bessere Geschäfte zu machen als im Osten. Ihr Prokne geht ihnen über alles, auch über den politischen und ökonomischen Vorteil des deutschen Volkes. Da sie aber neuerdings wieder einen starken Einfluß im Außenministerium gewonnen haben, muß freilich damit gerechnet werden, daß unser Vorstoß ohne Erfolg bleibt.

Kommunistische Verschmelzung. Eine gemeinsame Generalversammlung der P. U. S. A. und der R. P. D.-Ortsgruppe Hannover beschloß und vollzog ihre Verschmelzung.

Der Rechtsanwält Camp, der der kommunistischen Arbeiterpartei angehört und im Weihenstephaner Kommunistenprozess als Verteidiger auftrat, ist nach einer Meldung der bürgerlichen Presse vor einiger Zeit wegen Hochverrats und Teilnahme am Vordringen gegen das Sprengstoffgesetz ins Gefängnis geworfen worden. Jetzt habe er sich aber herausgestellt, daß Camp ein schwach geistestranter Mann sei. Das Entmündigungsverfahren sei bereits gegen ihn eingeleitet.

Die Orgeßch und die Groß-Industriellen

Der Republikanische Führerbund stellt uns den in Abschrift folgenden Brief zur Verfügung, den der Bayerische Industriellen-Verband, Sitz München, an seine Mitglieder versendet:

München, November 1920.

An unsere verehrlichen Mitglieder!

Nach angestrengter zweijähriger Arbeit aller nach Aufrechterhaltung von Ruhe, Ordnung und Sicherheit strebenden Kreise ist es glücklicherweise in Bayern wieder geordnete Verhältnisse zu schaffen. Den Mittelpunkt dieser Ordnung bildet die mit vieler Mühe ausgebaute Einwohnerwehr. Das hat die Gegenseite klar erkannt und deshalb versuchen jetzt unsere äußeren Feinde im Bunde mit unsern inneren Feinden dieses Bollwerk niederzureißen und uns wieder dem Chaos zu überliefern. Die Gefahr ist groß und es handelt sich jetzt um die Zukunft unseres hartbedrängten Vaterlandes. Gelingt es uns nicht, die Massen über das, was auf dem Spiele steht, aufzuklären und auch die besonnenen und ruhigen Arbeiter auf unsere Seite zu bringen, indem wir ihnen klar machen, was sie zu erwarten haben, so ist alles verloren.

Es muß also eine Aufklärungsarbeit im größten Stile in ganz Deutschland einlezen, um die schlummernden nationalen Kräfte zu wecken und ihnen die Größe der Gefahr zum Bewußtsein zu bringen. Hierzu gehören aber große, sehr große Mittel; fehlen uns diese und sollten wir aus Geldmangel gezwungen sein, das zu unterlassen, was jetzt das Gebot der Stunde ist, so würde uns keine Reue des Versäumten zurückbringen.

Der Bayerische Industriellen-Verband benötigt in diesen Zeiten ständiger Gefahren eines Fonds, der es ihm ermöglicht, schnell zu handeln und Mittel zur Verfügung zu stellen, wo es die Not gebietet. Gelingt es nicht, das Notwendige zu schaffen, so müssen wir die Waffen strecken und alles preisgeben, was in harter zweijähriger Arbeit geschaffen wurde.

Darum Industrielle heißt uns! Denkt daran, daß nie Geld besser angewandt wird, als hier. Wenn Ihr jetzt nicht Opfer bringt, dürft Ihr Euch nicht wundern, wenn Ihr später alles verliert. Außerordentliche Gefahren erfordern außerordentliche Mittel. Die Vorlaubberei hat deshalb beschlossen, Sie zu bitten, eine einmalige Spende in Mindesthöhe Ihres zehnprozentigen Jahresbeitrages zum Bayerischen Industriellenverband zu leisten.

Die Verfügung über die Mittel soll der zwölfgliedrigen Vorstandskasse des Verbandes vorbehalten bleiben. Zahlungen an das Konto des B. I. V. bei der Deutschen Bank in München erbeten.

Nur, wenn alle Mitglieder diesem Rufe folgen, können wir hoffen, den Helldag gegen die Zerstörer von Ruhe und Ordnung, gegen die Todfeinde des Bürgertums zu gewinnen.

Möge dieser Augenblick der höchsten Gefahr kein kleines Geschlecht finden!

Die Vorstandskasse des Bayerischen Industriellen-Verbandes G. B. G. D. A. v. Rieppel, 1. Vorsitzender, E. Eppner, 2. Vorsitzender, H. Semlinger, 3. Vorsitzender, C. Martini, 1. Schriftführer, R. Kahle, 2. Schriftführer, Dr. A. Kühse, Hauptgeschäftsführer.

Als die Einwohnerwehr der Mittelpunkt auch jener „Ordnung“, deren das Scharfmacherertum bedarf, um die Profite gegen den Ansturm der organisierten Arbeiterklasse zu sichern. Das Dokument ist abermals ein treffliches Merkmal der entwickelten Klassenkenntnis der Bourgeoisie. Ihre wirtschaftlichen Organisationen erkennen, daß es gilt, die politischen Machtmittel zu stärken und zu benutzen, während in der Arbeiterklasse zurzeit tausend Konfusionsräte am Werke sind, die die wichtigste Aufgabe gewisser politischer Richtungen darin sehen, daß auch die Gewerkschaftsbewegung möglichst schnell und gründlich zerrütet wird. Sie sowohl, wie auch jene anderen, die die Gewerkschaften immer noch für politisch uninteressiert hinstellen bemüht sind, sollten endlich die Gefahr erkennen, die der Arbeiterklasse droht, wenn sie ihre Front nicht entschlossen und einmütig dem Gegner zuwendet, mag er nun in der Orgeßch oder in den wirtschaftlichen Scharfmacherzentralen in Erscheinung treten.

Die uneinigen Neukommunisten. Während die Neukommunisten im Reichstage den Staatsgerichtshof als überflüssig bekämpft haben, haben sich die Württemberger Neukommunisten an den Landtag mit einem Schreiben gewandt, der Staatsgerichtshof solle die Mandate der rechtsunabhängigen Landtagsabgeordneten für erledigt erklären, da sie nicht mehr der politischen Vereinigung angehören, in deren Auftrag sie auf die Württembergische Gesetzgebung seien.

Organisation Ehebruch in Hessen verboten. Eine sozialistische Anfrage gab heute der Regierung Veranlassung, zu betonen, daß Organisationen Ehebruchs in Hessen nicht gestattet werden.

Erklärung

In der Lebensgabe der „Freiheit“ vom 18. Juni 1920 ist in einem Artikel „Rechtssozialistische Zustände“ der Ausdruck „Bataillischer Schwindel“ gebraucht. Der Ausdruck „Bataillischer Schwindel“ bezog sich auf eine Darstellung des „Vorwärts“ über gewisse Vorgänge in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung, von der wir annehmen, daß sie von dem Stadtverordneten Pailloch herrührte.

Wir haben uns nunmehr überzeugt, daß der Stadtverordnete Pailloch nicht der Verfasser des Artikels im „Vorwärts“ war. Wir nehmen daher den Ausdruck „Bataillischer Schwindel“ mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.

Aus der Internationale

Die italienische Partei

Die Leitung der Italienischen Partei hatte, um der durch die Kommunisten drohenden Zerrüttung der Partei zu begegnen, einen Aufruf zu einem Kongress nach Florenz erlassen, dem außer Serretti mehr als 50 Abgeordnete folgten. Der Kongress trat am Sonntag, den 21. November zusammen. Es fand eine Tagesordnung einstimmige Annahme, in welcher die Notwendigkeit der Geschlossenheit betont wird. Die Moskauer Bedingungen wurden nur dann angenommen, wenn sie nach den örtlichen und historischen Verhältnissen eines jeden Landes interpretiert werden könnten. Serretti erklärte sich auf diesem Kongress als Gegner der Ausschließungen und warf Lenin vor, in seiner Beurteilung der italienischen Partei von falschen Vergleichen ausgegangen zu sein.

erner will der Kongress eine Umänderung der Moskauer Bedingungen dahingehend herbeiführen, daß Freimaurer von der Aufnahme in die dritte Internationale ausgeschlossen werden. Die Franzose Cahin ist Freimaurer.

Über den näheren Verlauf dieses Kongresses wird noch berichtet werden. Für heute darf bemerkt werden, daß der neukommunistischen „Internationale“ die bisher vorliegenden Nachrichten genügen, um endgültig den Stab über Serretti zu brechen und zu betonen, daß man sich durch „diplomatische Formeln“ nicht irreführen lasse.

